



24.10.2012

MITTEILUNG AN DIE MITGLIEDER

Betrifft: Petition 0307/2012 eingereicht von Marco Picardi, britischer Staatsangehörigkeit, zu seinem Aufruf an die EU, die UN-Leitlinien über die Sorgfaltspflicht bei der Lieferkette für Mineralien aus "Red-Flag"- Vorkommen zu erfüllen, um das Risiko einer direkten oder indirekten Förderung von Konflikten im Osten der Republik Kongo zu reduzieren

1. Zusammenfassung der Petition

Der Petent verweist darauf, dass insbesondere die Mineralien Kassiterit und Coltan, die in elektronischen Geräten unseres tagtäglichen Gebrauchs verwendet werden, in der Demokratischen Republik Kongo abgebaut werden. Die Erträge tragen dazu bei, einen der tödlichsten Konflikte in der Welt zu verlängern. Er fordert das Parlament auf, als ersten wichtigen Schritt Maßnahmen im Hinblick auf die Unterzeichnung der UN-Leitlinien über die Sorgfaltspflicht bei der Lieferkette für Mineralien aus "Red-Flag"-Vorkommen zu ergreifen, um zu verhindern, dass EU-Verbraucher diesen Konflikt weiter schüren.

2. Zulässigkeit

Für zulässig erklärt am 2. Juli 2012. Die Kommission wurde um Auskünfte gebeten (Artikel 202 Absatz 6 der Geschäftsordnung).

3. Antwort der Kommission, eingegangen am 24. Oktober 2012

Die EU ist sich des Zusammenhangs zwischen dem illegalen Abbau und Handel mit Mineralien in der Region der Großen Seen und dem Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo bewusst. Dieser Zusammenhang ist komplex: Zweifelsohne bilden die Einnahmen aus der Ausbeutung und dem Handel mit natürlichen Vorkommen (nicht nur Mineralien, sondern auch Land, Holz, Holzkohle, Fischerei und Wilderei) eine wichtige Finanzquelle für die meisten bewaffneten Gruppen. Um die Verbindung zwischen der Finanzierung bewaffneter

Gruppen und der Ausbeutung natürlicher Vorkommen einzudämmen, ist ein umfassendes Handeln vonnöten.

Ein solcher umfassender Ansatz sollte auf einen verantwortungsvollen Abbau und Handel mit Mineralien (Lieferketten), Einnahmetransparenz und der Förderung von lang anhaltendem Frieden und Stabilität, einschließlich der Linderung der Armut, beruhen. Diese Antwort sollte auch umfassende Entwicklungsstrategien beinhalten, wobei der lokale Bergbau besondere Berücksichtigung finden muss. Als wesentlich erweist sich die Wiederherstellung von staatlicher Autorität und Rechtsstaatlichkeit im Osten der Demokratischen Republik Kongo sowie eine weitreichende Reform des Sicherheitssektors; durch diese Faktoren würde ermöglicht, dass der hier genannte umfassende Ansatz im Rahmen einer stabilen staatlichen Struktur verankert wird.

Die Europäische Union unterstützt einen Ansatz, der auf der Transparenz der physischen Märkte, Lieferketten und Einnahmen gegründet ist.

Die Kommission hat den Entwurf einer Richtlinie vorgelegt („nach Ländern aufgeschlüsselte Berichterstattung“), der die Offenlegung der von der mineralgewinnenden Industrie und der Holzindustrie an Regierungen geleisteten Zahlungen vorsieht, und zwar sowohl für an EU-Börsen notierte Unternehmen als auch für andere große EU-Unternehmen. Gestützt auf die Erfahrungen mit dem Kimberley-Prozess, der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft („Extractive Industries Transparency Initiative“ – EITI), dem Aktionsplan „Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor“ („Forest Law Enforcement, Governance and Trade“ – FLEGT) und der Holzverordnung erkundet die Kommission Möglichkeiten, die Transparenz über die gesamte Lieferkette hinweg zu verbessern und dabei auch Aspekte der Sorgfaltspflicht zu berücksichtigen.

Zugleich setzt sich die Kommission für eine stärkere Unterstützung und Anwendung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen sowie der Empfehlungen der OECD zur Sorgfaltspflicht und zum verantwortungsvollen Lieferkettenmanagement ein – dies muss auch über die OECD-Länder hinaus gefördert werden (Mitteilung der Kommission über Handel, Wachstum und Entwicklung, Januar 2012¹).

Gleichzeitig wird die EU, im Einklang mit der EU-Rohstoffstrategie, in den Bereichen nachhaltiger Bergbau, geologisches Wissen und verantwortungsvolle Staatsführung bei der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen weiterhin mit den Entwicklungspartnerländern zusammenarbeiten und sie unterstützen.

Die EU unterstützt die Bemühungen der EITI um Transparenz hinsichtlich der an Regierungen geleisteten Zahlungen finanziell und politisch; darüber hinaus ist sie eine Partnerschaft mit den Vereinten Nationen zur Unterstützung der Länder bei einer verbesserten Bewirtschaftung ihrer natürlichen Ressourcen eingegangen, um Konflikte zu verhindern und die Friedenssicherung voranzutreiben. Künftige Maßnahmen werden darauf abzielen, zivilgesellschaftliche Gruppen auf diesem Gebiet aktiv zu unterstützen, wobei eine besondere Aufmerksamkeit den Ländern in der Region der Großen Seen zuteil werden soll.

¹ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/january/tradoc_148992.EN.pdf

Die EU unterhält eine Zusammenarbeit mit internationalen Partnern und regionalen Interessenträgern: Regelmäßige Sitzungen der Internationalen Taskforce (ITF) gegen die illegale Ausbeutung und den Handel mit natürlichen Ressourcen in der Region der Großen Seen (unter dem Vorsitz des EU-Koordinators für die Region der Großen Seen) bieten der internationalen Gemeinschaft eine Plattform, um zu einem besseren Verständnis dieser Problematik beizutragen, um Initiativen zur Bewältigung des Problems der Finanzierung bewaffneter Gruppen durch Ausbeutung und Handel mit natürlichen Ressourcen aufzuzeigen und um ergänzende Vorschläge auszuarbeiten. Über sicherheitsrelevante Aspekte hinaus wird der allgemeinen Steuerung des Bergbausektors Rechnung getragen. Des Weiteren kommt dem Thema konfliktfreier Lieferketten bei Mineralien eine wesentliche, stetig wachsende Bedeutung zu.

Die EU unterstützt die Regionale Initiative gegen die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Internationalen Konferenz zur Region der Großen Seen (ICGLR) politisch, die ein Zertifizierungsmechanismus zur Kennzeichnung von Mineralien, die in der Region konfliktfrei abgebaut wurden, festgelegt. Die EU hält nach Wegen zur Unterstützung dieser Initiative Ausschau. Entscheidend ist, dass ein künftiger Ansatz für eine konfliktfreie Lieferkette bei Mineralien in Übereinstimmung mit den EU-Entwicklungsstrategien und mit der Förderung alternativer Existenzmöglichkeiten für lokale Bergleute erfolgt. Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf lokaler Ebene sollten sorgfältig erwogen werden.

Abschließend ist zu vermerken, dass die Europäische Kommission und der EAD gegenwärtig an Folgemaßnahmen zur Mitteilung „Handel, Wachstum und Entwicklung“ von 2012 arbeiten, um eine öffentliche Konsultation zu einer möglichen umfassenden Initiative zum Thema konfliktträchtiger Mineralien in 2013 einzuleiten.